



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/36 - 12.2.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Die Wahlen in der Sozialversicherung	S. 1
Mittelafrikanische Föderationspläne	S. 3
SPD und Mittelstand	S. 4

Die wehrhaften "Christen"

-x. In diesen Tagen stehen die Wahlen zu den Selbstverwaltungs-Körperschaften der Sozialversicherung vor der Tür. Es sind dafür je zur Hälfte Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu wählen. Diese Regelung ist unter Protest der Gewerkschaften vom Bundestag auf Vorschlag des Bundesarbeitsministers beschlossen worden. Sie bedeutet gegenüber der Regelung vor 1933 eine wesentliche Verschlechterung, da damals die Versicherten, die Arbeitnehmer, zwei Drittel der Sitze in diesen Körperschaften innehatten, die Arbeitgeber nur ein Drittel. Aber auch die fünfzig Prozent der Sitze können von den zur Zeit noch tätigen Arbeitnehmern nicht voll genutzt werden, da sie nach dem Gesetz auch den bereits aus der Arbeit Ausgeschiedenen, den Invaliden und Rentnern, Sitze abzutreten haben. Umso mehr Bedeutung kommt also den übriggebliebenen Sitzen zu und es wäre nötig, daß sich die Arbeitnehmerschaft zumindestens hier noch auf eine einheitliche Vertretung einigte.

Dieses Bestreben nach einer wirksamen Arbeitnehmer-Vertretung wird von gewissen, weltanschaulich interessierten Gruppen torpediert. Wenn auch die Sozialausschüsse der CDU und hier insbesondere die Gewerkschafter sich energisch gegen eine Aufspaltung der Arbeitnehmer-Vertretung zur Wehr gesetzt haben und

empfehlen, sich auf die Einheitslisten der Gewerkschaften zu beschränken, so haben doch gewisse "christliche Kreise" sich nicht des Versuches enthalten können, der Arbeitgeberseite Schützenhilfe zu leisten und eigene Kandidatenvorschläge gemacht. Aber auch das ist nach den Landesbezirken verschieden. In einigen Bereichen haben sich die Vertreter der KAB (Katholische Arbeiterbewegung) mit den Gewerkschaften auf gemeinsame Listen verständigt, in anderen Bereichen wieder, und besonders in Westfalen, haben sie eigene Kandidatenlisten aufgestellt, nachdem sie zuvor die paritätische Besetzung der Listen gefordert hatten.

Die Gewerkschaften als parteipolitisch und weltanschaulich neutrale Organisationen konnten natürlich einer solchen paritätischen Besetzung nicht zustimmen. Das entspräche ganz und gar nicht dem tatsächlichen Stärkeverhältnis. Auch läge darin ein Bruch ihres Neutralitätsprinzips, da sie bei der Frage nach der fachlichen Eignung der Kandidaten weder auf die parteipolitische, noch auf die weltanschauliche Zugehörigkeit Rücksicht nehmen können. Wäre dem Verlangen stattgegeben, so hätten auch alle anderen politischen und weltanschaulichen Richtungen gleiche Forderungen mit Recht erheben können. Die Ablehnung dieser Forderung bezeichnet nun die "Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmer-Organisationen Westfalens" als bewusste Provokation.

Es gibt Leute, die das Ergebnis dieser Wahlen mit Interesse erwarten, weil sie vermuten, hier könnte sich ein Anhaltspunkt über die Stärke der "christlichen Kreise" in den Gewerkschaften und eine Übersicht über die Möglichkeit, "christliche Gewerkschaften" in Deutschland neu erstehen zu lassen, ergeben. Die Möglichkeit der Überschätzung solcher Wahlergebnisse liegt auf der Hand, wenn man bedenkt, welchen Einfluß kirchliche Wohlfahrts-Organisationen insbesondere auf die Kreise der hier wahlberechtigten Invaliden und Rentner auszuüben vermögen. Ihre Stimmabgabe läßt aber auf das Stärkeverhältnis in den Gewerkschaften keinen Schluß zu. Daß man sie mobilisiert, deutet darauf hin, daß man die so verfälschten Ergebnisse dieser Wahl auch zu politischen Zwecken, besonders zur Beunruhigung der Arbeiter in den Gewerkschaften, benutzen möchte und über die Schwächung der Gewerkschafts- und damit der Arbeitnehmer-Position "christlichen" Einfluß auf die Gestaltung unserer Sozialeinrichtungen nehmen will. Dem ist nur dadurch zu begegnen, daß sich alle Arbeitnehmer ihrer Wahlpflicht bewußt sind und sich von einem Interessentenklüngel auch dann nicht fangen lassen, wenn er sich auch aus allzu durchsichtigen Gründen "christlich" tarnt.

Das Spiel mit dem Feuer in Zentralafrika

B.C. - London

Das Ergebnis der kürzlich in London beendeten zentralafrikanischen Konferenz (an der nur Vertreter der weißen Interessen teilnehmen) scheint zu sein, daß allen Warnungen zum Trotz sich die konservative Regierung dazu hat breitschlagen lassen, die Föderation der drei Territorien Süd-Rhodesien, Nord-Rhodesien und Njassa-Land gegen den Willen der schwarzen Einwohner dieser Gebiete durchzuführen. Das bedeutet eine völlige Abkehr von der freiheitlich-fortschrittlichen Politik der Labourregierung, die in den afrikanischen Kolonialgebieten das Ziel der Erziehung und allmählichen Heranführung der Eingeborenen zur demokratisch-verantwortlichen Selbstregierung verfolgte. Diese Abkehr von der "Pflicht des weißen Mannes" kann, wenn konsequent durchgeführt, nur zur Folge haben, daß das erwachte nationalistische Selbstbewußtsein der Afrikaner aus den gegenwärtigen staatsbejahenden, kulturwilligen Bahnen in Unwillen, Fremdenfeindlichkeit, Widerstand, gewaltsame Revolte und schließlich wohl gar zum bewaffneten Aufstand getrieben wird,

Mit fast ungebrochener Geschlossenheit stehen die Afrikaner der drei Territorien dem Föderationsplan in der vorliegenden Form feindlich gegenüber. Sie fürchten, daß ihnen ihre Ländereien zugunsten der weißen Siedler und Bergbauinteressen fortgenommen werden; daß die schon jetzt in Süd-Rhodesien vorherrschende Entrechtung der Schwarzen auch auf die anderen beiden Gebiete ausgedehnt wird, wenn erst einmal der bisherige Schutz durch das Londoner Kolonialamt wegfällt, und daß die bisherigen Ansätze zur Selbstverwaltung der Eingeborenen vollkommen in der einseitigen Regierung durch die weißen Elemente untergehen werden. Die von den Eingeborenen nach London gesandte, aus angesehenen Häuptlingen und Gebildeten bestehende Kommission ist unverrichteter Dinge wieder nach Hause zurückgefliegen, wenn es ihr auch gelang, der Labour-Opposition und bis zu einem gewissen Grade auch der englischen Presse ihren Standpunkt klarzumachen.

Die Organisation, in der sich die Widerstandsbewegung der Afrikaner gegen den Föderationsplan zu kristallisieren scheint, ist der

"African Congress", eine politische Bewegung, die bisher positiv an den Bildungs- und Erziehungsplänen der Kolonialverwaltung mitgearbeitet hatte. Afrikanische Studenten in London sind der Meinung, daß die Regierung, die zur Durchführung der Föderation gegen den Willen der Eingeborenen entschlossen sei, den ersten besten Vorwand ergreifen werde, um den "Congress" als illegal und gewalttätig zu brandmarken, ähnlich wie man es in Kenia mit der "Kenya African Union" gemacht hätte, der man fälschlicherweise die "Mau-Mau"-Terroristen an die Rockschösse zu hängen versucht habe. Der nächste Schritt würde dann sein, ebenso wie in Kenia dem politischen Widerstand der Schwarzen "Kommunismus" und "Abhängigkeit von einer fremden Macht, nämlich Sowjetrußland" in die Schuhe zu schieben, um ihn dann blutig und gewaltsam unterdrücken zu können.

Daß eine Föderation der drei bisher dem Kolonialamt unterstehenden Gebiete (von denen nur Süd-Rhodesien weitgehende Autonomie hat) wirtschaftlich und verkehrstechnisch große Vorteile bietet, bestreitet niemand, weder auf Seiten der Labour Party, noch bei den gebildeten Schwarzen. Doch verlangt man, bevor man einer Föderation zustimmen kann, verfassungsmäßige Verankerung der Rechte der Eingeborenen und eine angemessene Vertretung der überwältigenden schwarzen Mehrheit in den Regierungs- und Verwaltungsorganen des neuerrichtenden Bundes.

+ + +

Kampf um die Mittelschichten

RAP. Der in Düsseldorf erscheinende "Industriekurier" ist die Zeitung der großen industriellen Unternehmer in der Bundesrepublik. Am Anfang waren es kleine industrielle Unternehmer. Sie sind durch die Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Marktes und die Dynamik des technischen Fortschrittes groß geworden, und ihre Existenz wird nun von den gleichen Kräften bedroht, denen sie ihren Aufstieg verdanken. Darum suchen sie unter der Schutzflagge des Eigentums Bundesgenossen in jenen Gesellschaftsschichten, deren Lebensbedingungen die Kundenproduktion und die Handarbeit waren, die also von der Marktproduktion und der Maschinenarbeit in ihrer Bedeutung beeinträchtigt wurden. So kommt

es, daß der "Industriekurier" kürzlich den Vorwurf des "Neo-Marxismus" gegen die bürgerliche Zeitung "Die Welt" erhob, weil diese in einem Artikel gesagt hatte: "Die industrielle Gesellschaft unserer Zeit verdrängt die frühere Mittelschicht".

Tatsächlich polemisiert der "Industriekurier" natürlich nicht gegen "Die Welt", auch nicht gegen einen nebelhaften "Neo-Marxismus", sondern gegen die Forschungsergebnisse mehrerer Generationen von Gesellschaftswissenschaftlern. Ursprung und Zweck sind leicht erkennbar: Wir befinden uns in einem Jahr der Bundestagswahl. Vom Ergebnis dieser Wahl wird es abhängen, ob die Vertreter industriell-kapitalistischer Interessen oder die Vertreter des Gemeininteresses im Parlament die Mehrheit haben werden. Und die Mittelschichten- der vom Kapitalismus enterbte alte Mittelstand, ebenso wie die in der kapitalistischen Gesellschaft entstandenen neuen Mittelschichten, die sich mit dem alten Mittelstand identifizieren - stellen eine recht ansehnliche Wählerscha

Es ist schon einigermaßen grotesk, daß gerade ein Organ der Großindustrie für die "Gleichberechtigung" des Mittelstandes und für eine "vernünftige Wirtschaftsweise, die dem tüchtigen Einzelnen wieder Chancen gibt", eintritt. Es ist auch davon die Rede, wie stiefmütterlich der Mittelstand bei der Verteilung öffentlicher Kredite behandelt worden sei. Nun treten zwar jene politischen Kräfte, gegen die der "Industriekurier" in Wirklichkeit polemisiert, im Rahmen ihrer wirtschaftspolitischen Konzeption für öffentliche Kredite an die gesamte Wirtschaft ein, aber gerade in den Vorstellungen einer "freien Marktwirtschaft" und des "freien Unternehmers" haben öffentliche Kredite doch keinen Platz. Es wird dabei verschwiegen, daß die Kreditverteilung von einer Regierung vorgenommen wird, die damit ebenso wie mit der famosen Investitionshilfe die Interessen der Großunternehmer vertritt.

Die angesprochenen Schichten lesen leider den "Industriekurier" nicht. Sie würden sonst feststellen können, wie tief ihr Intelligenzniveau angesetzt wird. Sie wissen sicher selbst, daß es nicht "die neue Gesellschaftsordnung des Neo-Marxismus" war, die ihre "Nivellierung" herbeigeführt hat. Ein beträchtlicher Teil weiß allerdings noch nicht, daß eben diese neue Gesellschaftsordnung auch für sie Platz hat weil sie nicht nur für ökonomische Wirkungskraft, sondern auch für politische Stabilität gedacht ist.